



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Gesamthochschulen in Nordrhein-Westfalen

**Nordrhein-Westfalen / Ministerium für Wissenschaft und
Forschung**

Düsseldorf, 1978

2.2 Organisation

[urn:nbn:de:hbz:466:1-51395](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-51395)

i. d. F. vom 31. Juli 1974, soweit sich aus dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz nichts anderes ergibt.

Die Standortplanung folgte dem Prinzip der Regionalisierung des Hochschulausbaus. Dessen Ziel ist eine regional und fachlich differenzierte und ausgewogene Hochschulstruktur, die einerseits besonders auf sozial schwächere Schichten bildungswerbend wirkt und andererseits die regionale Wirtschaftsstruktur verbessert.

Die hochschulplanerischen Grunddaten über die Ausbauziele der neuen Gesamthochschulen, insbesondere über Fächerverteilung, Studiengänge und Zahl der Studienplätze wurden bereits im Jahre 1971 ermittelt und festgelegt. Die wichtigsten Daten ergeben sich aus der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 3 der CDU-Fraktion, die dem Landtag am 19. Oktober 1971 zugeleitet worden ist. Diese Entwicklungsplanung ist inzwischen in bezug auf die Fächerverteilung nach Studienplätzen fortgeschrieben worden. Nach dem neuesten Stand sind für die fünf Gesamthochschulen für die Zeit nach 1980 insgesamt 42 700 Studienplätze vorgesehen (vgl. hierzu S. 76 ff.).

Grundlage für die Errichtung der Fernuniversität als Gesamthochschule ist das Gesetz über die Errichtung einer Fernuniversität in Nordrhein-Westfalen — FUEG — vom 26. November 1974 (GV.NW. S. 1470). Es enthält die notwendigen Regelungen über Errichtung und Aufbau der Hochschule und betont den pädagogischen Auftrag in der Fernvermittlung des Lehrstoffes und die Weiterbildungsaufgaben. Im übrigen nimmt es Bezug auf das Gesamthochschulentwicklungsgesetz und auf das Hochschulgesetz. Die allgemeine Aufgabenstellung der Fernuniversität und die der Studienreform verpflichtete Neuordnungsstruktur entsprechen daher den anderen integrierten Gesamthochschulen des Landes.

2.2 Organisation

2.2.1 Prinzipien

Die organisatorischen Grundprinzipien der zum 1. August 1972 errichteten Gesamthochschulen ergeben sich aus dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz und aus der „Vorläufigen Grundordnung“ (VGrundO), die der Minister für Wissenschaft und Forschung gemäß der Ermächtigung in § 18 Abs. 1 GHEG für jede Gesamthochschule erlassen hat (als Beispiel ist die VGrundO der Gesamthochschule

Wuppertal in der Fassung vom 24. Juni 1975 als Anlage 2 abgedruckt). Diese Grundordnungen, die zum Errichtungszeitpunkt der Gesamthochschulen in Kraft getreten sind, bilden bis zur Verabschiedung der Gesamthochschulsatzungen durch die Gesamthochschulen deren Verfassung. Alle fünf Grundordnungen stimmen in ihrem Wortlaut weitgehend überein. Abweichungen ergeben sich im wesentlichen lediglich bei der Fachbereichsgliederung. Für die Gesamthochschule Essen wurde eine zusätzliche Regelung getroffen, die den Besonderheiten des Klinikums Rechnung trägt.

Im einzelnen ist die Organisation der Selbstverwaltung durch folgende Prinzipien gekennzeichnet:

- Bildung eines Gründungssenats, dessen Zusammensetzung in § 19 GHEG geregelt ist, als zentrales Entscheidungsorgan der Gesamthochschule in allen Grundsatz- und Koordinierungsfragen (kein Konvent; Aufgaben, die ihm nach dem Hochschulgesetz obliegen, nimmt in der Gründungsphase der Minister für Wissenschaft und Forschung nach § 18 GHEG wahr);
- Einführung der Rektoratsverfassung mit einem Gründungsrektorat als kollegialem Leitungsorgan der Gesamthochschule, bestehend aus dem Gründungsrektor, drei Konrektoren und dem Kanzler;
- Festlegung der Aufgaben und Befugnisse des Kanzlers, der die Geschäfte der Hochschulverwaltung führt und für den Haushalt verantwortlich ist;
- Bildung von drei Ständigen Kommissionen (Struktur- und Haushaltskommission, Studienkommission und Forschungskommission), die zwischen Gründungssenat und Gründungsrektorat angesiedelt sind und die Arbeit dieser Gremien vorbereitend und beratend unterstützen;
- Bildung von „Gemeinsamen Ausschüssen“ mehrerer Fachbereiche auf der Fachbereichsebene (neben den Fachbereichsorganen Fachbereichsversammlung, Fachbereichsrat und Dekan), die wegen der fachbezogenen und studiengangübergreifenden neuen Fachbereichsstruktur unter anderem die Befugnisse haben, Studien- und Hochschulprüfungsordnungen zu beschließen und Studienpläne aufzustellen, an die die beteiligten Fachbereiche gebunden sind;
- Festlegung der Paritäten in den Gremien der Gesamthochschule und der Fachbereiche nach dem Grundsatz einer funktionsbestimmten Mitwirkung aller Hochschulgruppen;

- Verpflichtung der Gesamthochschulen, als zentrale Einrichtungen eine Gesamthochschulbibliothek, ein Hochschuldidaktisches Zentrum und eine zentrale Studienberatungsstelle einzurichten, Präzisierung dieser Aufgaben und der Organisationsgrundsätze;
- Bildung eines Kuratoriums, dessen Mitglieder zur Hälfte vom Gründungssenat der Gesamthochschule und zur Hälfte vom Rat der Stadt, in der die Gesamthochschule ihren Sitz hat, benannt werden und das den Aufbau der Gesamthochschule und ihre Integration in die Region durch geeignete Maßnahmen unterstützen soll.

Insgesamt enthalten die Vorläufigen Grundordnungen in sich ausgewogene Regelungen, die zumindest während der Gründungsphase eine ausreichende Grundlage für die Selbstverwaltung der Gesamthochschulen darstellen.

Für die Fernuniversität hat der Minister für Wissenschaft und Forschung aufgrund von § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 FUEG in Abstimmung mit der Hochschule eine Vorläufige Grundordnung erlassen (abgedruckt als Anlage 3). Sie ist am 16. Februar 1976 in Kraft getreten. Struktur und Grundprinzipien entsprechen denen der fünf anderen Gesamthochschulen. Abweichungen ergeben sich aus den besonderen Aufgaben der Fernuniversität. Darum gibt es einen vierten Prorektor und eine vierte Ständige Kommission für Weiterbildung. Deshalb sind neben den üblichen zentralen Einrichtungen ein Zentrum für Fernstudienentwicklung und ein zentrales Institut für Fernstudienforschung geschaffen worden. Im Kuratorium der Fernuniversität sind wegen des über das Land hinausgehenden Auftrages der Hochschule neben weiteren Fachleuten Vertreter von Bund und Ländern tätig.

2.2.2 Fachbereichsgliederung

Nach § 14 Abs. 1 GHEG waren die am 1. August 1972 vorhandenen Grundeinheiten von Forschung und Lehre der übergeleiteten Einrichtungen unverändert in die Gesamthochschule zu überführen. Bei einer Addition dieser sehr heterogenen und meist studiengangbezogenen Fachbereiche und Seminare hätten sich jedoch alsbald ein „Universitätsbereich“, ein „PH-Bereich“ und ein „Fachhochschulbereich“ entwickelt. Damit wäre an der Abschottung der Studiengänge festgehalten und die Studienreform schon im Ansatz gefährdet worden: im Ergebnis wären kooperative Gesamthochschulen entstanden.

Um die integrierte Gesamthochschule vorzubereiten, wurden deshalb gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 3 GHEG die alten Grundeinheiten aufgelöst und neue Fachbereiche gebildet.

Die neuen Fachbereiche sind im Gegensatz zu den bisherigen Strukturen rein fachbezogen angelegt. Sie übergreifen in der Regel mehrere Studiengänge und fassen alle wissenschaftlichen Einrichtungen eines Faches oder mehrerer verwandter Fächer zusammen und bieten die fachspezifische Lehre für alle beteiligten Studiengänge an (z. B. Mathematik für die Studiengänge mit den Abschlüssen „Diplom-Mathematiker“, „Diplom-Ingenieur“ und „Lehrer“).

Einem Fachbereich gehören alle Hochschullehrer an, die überwiegend in Fächern des Fachbereichs tätig sind. Einem Fachbereich sind alle Studenten zugeordnet, deren Studienfächer ganz oder teilweise von diesem Fachbereich angeboten werden.

Durch diese übergreifende Fachbereichsgliederung soll die horizontale und vertikale Integration von Studiengängen gefördert und interdisziplinäres Forschen und Lehren ermöglicht werden. Daneben soll sie auch die personelle Integration des Lehr- und Forschungspersonals erleichtern.

Diese übergreifende Fachbereichsgliederung ist inzwischen auf Initiative der Gesamthochschulen hin modifiziert worden, ohne daß dabei das Prinzip der Fachbezogenheit aufgegeben worden wäre. Besonders im naturwissenschaftlichen Bereich war eine stärkere fachspezifische Aufgliederung notwendig, die dazu geführt hat, daß für Mathematik, Physik und Chemie jeweils eigene Fachbereiche gebildet worden sind.

Als Beispiel einer Fachbereichsgliederung nach dem heutigen Stand sei die der Gesamthochschule Wuppertal wiedergegeben:
(vgl. § 23 Abs. 1 VGrundO, Anlage 2)

- Fachbereich 1: Gesellschaftswissenschaften mit den Fächern Soziologie, Politikwissenschaft, Geschichte, Geographie
- Fachbereich 2: Philosophie — Theologie mit den Fächern Philosophie, ev. Theologie, kath. Theologie
- Fachbereich 3: Erziehungswissenschaften mit den Fächern Pädagogik, Psychologie, Sportpädagogik, Technologie
- Fachbereich 4: Sprach- und Literaturwissenschaften mit den Fächern Germanistik, Anglistik/Amerikanistik, Romanistik, Allgemeine Literaturwissenschaft

Fachbereich 5: Design – Kunst- und Musikpädagogik – Druck mit den Fächern Industrial-Design, Visuelle Kommunikation, Kunstpädagogik, Musikpädagogik, Druckereitechnik

Fachbereich 6: Wirtschaftswissenschaft mit den Fächern Wirtschaftswissenschaft, Hauswirtschaftswissenschaft

Fachbereich 7: Mathematik mit dem Fach Mathematik

Fachbereich 8: Naturwissenschaften I mit dem Fach Physik

Fachbereich 9: Naturwissenschaften II mit den Fächern Chemie, Textilchemie, Biologie

Fachbereich 10: Architektur – Innenarchitektur mit den Fächern Architektur, Innenarchitektur

Fachbereich 11: Bautechnik mit den Fächern Allgemeiner Ingenieurbau, Konstruktiver Ingenieurbau, Verkehrsbau, Verkehrsplanung

Fachbereich 12: Maschinentechnik mit den Fächern Allgemeiner Maschinenbau, Fertigungstechnik, Konstruktionstechnik

Fachbereich 13: Elektrotechnik mit den Fächern Allgemeine Elektrotechnik, Automatisierungstechnik, Elektrische Energietechnik, Nachrichtentechnik

Fachbereich 14: Sicherheitstechnik mit dem Fach Sicherheitstechnik

Die Fernuniversität hat bisher folgende Fachbereiche (vgl. § 23 Abs. 1 VGrundO, Anlage 3):

1. Mathematik
2. Erziehungswissenschaften
3. Wirtschaftswissenschaft.

Weitere Fachbereiche für Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften sind im Aufbau (vgl. S. 31).

2.2.3 Zentrale Einrichtungen

An den Gesamthochschulen sind als Zentrale Einrichtungen errichtet:

- die Gesamthochschulbibliothek (vgl. hierzu S. 64 ff.)
- das Hochschuldidaktische Zentrum (vgl. hierzu S. 67 f.)
- die zentrale Studienberatungsstelle (vgl. hierzu S. 71)
- das audiovisuelle Medienzentrum (vgl. hierzu S. 69)
- das Rechenzentrum

Die Fernuniversität hat außerdem

- ein Zentrum für Fernstudienentwicklung und
- ein zentrales Institut für Fernstudienforschung (vgl. hierzu S. 68).

2.3 Aufbau

Rechtzeitig zum Errichtungstermin konnten alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die neuen Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal am 1. August 1972 handlungsfähig zu machen.

Berufung von Gründungsrektoren:

Gemäß § 18 GHEG wurde im Benehmen mit den übergeleiteten Einrichtungen für jede Gesamthochschule der Gründungsrektor berufen.

Alle Gründungsrektoren sind ordentliche Professoren an der jeweiligen Gesamthochschule und damit auch korporationsrechtlich mit ihr verbunden.

Berufung der Gründungssenate:

Nach dem Gesamthochschulentwicklungsgesetz war dem Minister für Wissenschaft und Forschung aufgegeben, für jede Gesamthochschule einen Gründungssenat zu berufen, dem jeweils — außer Gründungsrektor und Kanzler — zehn (Essen: 15) von den übergeleiteten Einrichtungen gewählte Mitglieder und bis zu zehn (Essen: 15) vom Minister für Wissenschaft und Forschung im Benehmen mit den übergeleiteten Einrichtungen ernannte Mitglieder angehören. Die Wahlen für den Gründungssenat fanden in der übergeleiteten Einrichtungen aufgrund einer vom Minister für Wissenschaft und Forschung erlassenen Wahlordnung im Juni 1972 statt. Aus jeder Einrichtung wurden zwei Hochschullehrer, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (mit Ausnahme der Fachhochschulen), ein Student (bei Fachhochschulen zwei Studenten) und ein nichtwissenschaftlicher Mitarbeiter gewählt.

Die vom Minister für Wissenschaft und Forschung zu berufenden Mitglieder der Gründungssenate sollten gemäß § 19 GHEG in der Regel Fachvertreter neu einzuführender Studiengänge sein. Für